Vordringen der Bolschewiki im Kaukasusgebiet.

Konstantinopel, 19. Mai. Der Telegraphen-Agentur Milli wird aus Batum gemeldet: Den letzten Meldungen zufolge haben die Bolschewiki Lerentiewo und Petrowsk besetzt. Die Bolschewiki bemühen sich, der Ebene von Darian, der zwischen Wladikawkas und Lewashi liegt, zu nehmen. Dank der heldenhaften Verteidigung der Muselmanen ist es ihnen bis jetzt nicht gelungen.

Konstantinopel, 19. Mai. Die Telegraphen-Agentur Milli meldet: Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die Kuban-Kosaken einen [illegible] Angriff unternommen. Täglich kommt es zu blutigen Zusammenstößen.

Der ukrainische sozialistische Kongreß gegen Skoropadsky.

Dem Ukrainischen Pressebureau, Berlin, wird aus Kiew über den Kongreß der ukrainischen sozialistischen föderalistischen Partei vom 10. bis 12. Mai telegraphiert, daß folgende Resolutionen einstimmig angenommen wurden:

Die Partei schließt für den gegenwärtigen Augenblick jede Möglichkeit einer Verbindung bzw. eines Bundes mit Großrußland aus, hält aber eine Verbindung mit anderen Nachbarstaaten für möglich. In der Resolution über das Verhältnis zu den Zentralmächten werden diese befreundeten Mächte genannt. Der Kongreß erklärt sich für die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern. Er erachtet jedoch das vom Hetman herausgegebene Staatsgrundgesetz für absolutistisch und antidemokratisch. Mit demselben Ausdruck wird das gegenwärtige Kabinett bezeichnet, das als reaktionär und antistaatlich zu bekämpfen sei; die Partei verbietet ihren Mitgliedern, an demselben teilzunehmen. Zum Schluß fordert der Kongreß die Herausgabe von Gesetzen, das ukrainische Staatsbürgerrecht betreffend. Auf Grund dieser Gesetze soll binnen vier Monaten die Einberufung eines ukrainischen Reichstags erfolgen.

•

Festreden.

wtb. **Kiew**, 20. Mai. Der Hetman wohnte gestern gemeinsam mit den deutschen, österreich-ungarischen und bulgarischen Vertretern der Eröffnung des neuen Hauses des ukrainischen Klubs bei, einer literarischen und künstlerischen Gesellschaft, deren Mitglieder vornehmlich den sozial-föderalistischen und sozialdemokratischen, national-ukrainischen Kreisen angehören. General Skoropadski bezeichnete es als sein Hauptziel, eine starke, unabhängige Ukraine auf demokratischer Grundlage zu schaffen. Andere Redner wünschten engsten Anschluß an das Deutsche Reich, dem die Ukraine in kultureller, wissenschaftlicher und technischer Beziehung so unendlich viel Dank schulde. Die Erwiderungsrede des Botschafters Freiherrn v. Mumm klang in ein Vivat crescat floreat für den Klub und den Staat aus, die sich beide ein neues dauerndes Heim gezimmert hätten, dessen Grundlage für die junge Republik eine schleunigst in Angriff zu nehmende ukrainische Kulturpolitik, vor allen Dingen durch den Ausbau eines national ukrainischen Schulwesens sei, worin das sicherste Unterpfand liege für das Erstarken auch der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit des jungen Mitglieds der europäischen Völkergemeinschaft.

Die Verhandlungen mit Rußland.

wtb. **Kiew**, 20. Mai. Der Sozialföderalist Schelugin, Justizminister im früheren Kabinett Holubowitsch, wurde zum Vorsitzenden der ukrainischen Delegation für die Friedensverhandlungen mit Großrußland bestimmt. — Erzbischof Antonius in Charkow wurde zum Metropoliten für die Ukraine gewählt. Er ist von reaktionärer Färbung und war früher Erzbischof von Shitomir.

Die Entwicklung der Sozialversicherung in der Kriegszeit.

Das Reichsversicherungsamt hat soeben seinen Geschäftsbericht auf das Jahr 1917 herausgegeben. Er gibt Gelegenheit zu einem interessanten Ueberblick über die Wandlungen, welche die Sozialversicherung während des Krieges durchlaufen hat. Im allgemeinen ist festzustellen, daß man bemüht war, die Versicherungseinrichtungen den Kriegsbedürfnissen anzupassen. Eine Anzahl von Notgesetzen und Verordnungen ist erschienen, welche die Versicherung ausgestalten, zum Teil aber auch einschränken. Selbst für den Fachmann ist es schwer, sich in die Menge der verwickelten gegenwärtigen Vorschriften hineinzufinden. Darüber hinaus teilt das Reichsversicherungsamt mit, daß es bestrebt war, die Zahl der Betriebsunfälle zu vermindern, in erhöhtem Maße die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen, die Versicherungsträger zur Hergabe von Mitteln für Kriegswohlfahrtspflege zu bewegen. Verschiedene Maßnahmen sind auch recht bedenklicher Art, z. B. die Einschränkung der Lieferung orthopädischen Schuhwerks für Verletzte, die Anfrage an Rentenempfänger, ob sie zugunsten der Kriegsfürsorge auf ihre Rentenbezüge verzichten wollen usw.

Betrachten wir die einzelnen Versicherungszweige, so ist hinsichtlich der Unfallversicherung bemerkenswert, daß nach Kriegsausbruch infolge der Verminderung der Zahl der Versicherten auch die Zahl der Betriebsunfälle zurückging. Seitdem aber die Zahl der Versicherten sich ungefähr wieder gleich bleibt, schwillt die Zahl der Unfälle wieder stark an, z. B. von 601 004 im Jahre 1916 auf 681 515 im Jahre 1917. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle vermehrte sich in derselben Zeit nur von 103 367 auf 107 695. Die verhältnismäßig geringere Zunahme dieser ist weniger auf eine geringere Schwere der Unfälle als vielmehr auf gesteigerte Sparsamkeit der Berufsgenossenschaften zurückzuführen. Ist doch die Zahl der durch Unfall Getöteten ständig rapid gewachsen; sie betrug im Jahre 1917 über 10 000. Auf erhöhte Sparsamkeit der Berufsgenossenschaften ist es auch nur zurückzuführen, wenn die Zahl der Personen, die Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhält, sich ebenfalls verminderte, und zwar auf 1 100 108 am Schlusse des Jahres 1917. Daß die nachgewiesenen Löhne der Versicherten, deren Zahl rund 22 Millionen beträgt, gestiegen ist, erklärt sich aus der Kriegsteuerung. Der Kampf um die Rente ist schärfer geworden, die Rechtsprechung wird den Verletzten immer unfreundlicher. Das beweist die Tatsache, daß die Einsprüche, Rekurse usw. der Rentenbewerber immer geringeren Erfolg aufweisen. Infolge der veränderten Vorschriften der Reichsversicherungsordnung verminderte sich die Zahl der Rekurse beim Reichsversicherungsamt von 23 000 im Jahre 1913 auf 4167 im Jahre 1917. Von letzteren hatten nur, soweit sie von Versicherten eingereicht waren, etwa 80 Prozent einen wenn auch nur teilweisen Erfolg für diese.

Auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung tritt die Sparsamkeit der Versicherungsträger noch stärker hervor. Das beweist die einfache Tatsache, daß die Zahl der festgesetzten Invalidenrenten von 152 862 im Jahre 1903 auf 134 160 im Jahre 1913, 107 808 im Jahre 1916 und 103 193 im Jahre 1917 zurückgegangen ist. Das ist eine Verminderung um rund ein Drittel seit 1903, trotz der inzwischen stark gestiegenen Zahl der Versicherten und des Krieges, der eine Riesensumme menschlicher Gesundheit fordert. Allerdings ist inzwischen die Zahl der Krankenrenten gestiegen, nämlich von 12 000 im Jahre 1913 auf 79 834 im Jahre 1917. Aber das ist gerade ein Zeichen der Sparsamkeit, weil die Versicherungsanstalten mit diesen Renten, die fast ausschließlich die Kriegsbeschädigten erhalten, billiger wegkommen. Infolge der Herabsetzung des Lebensalters für die Altersrente stieg die Zahl der Bewilligungen dieser von 12 000 im Jahre 1913 auf 96 705 im Jahre 1916 und 72 705 im Jahre 1917. Die von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung geleisteten Gesamtentschädigungen stiegen von 218 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 252 Millionen Mark im Jahre 1915 und 293 Millionen Mark im Jahre 1916. Für das Jahr 1917 stehen die Ziffern noch nicht fest, doch hat in diesem zweifellos eine weitere, wenn auch viel geringere Steigerung stattgefunden. Die Zunahme ist insbesondere auf die inzwischen in Kraft getretene und sich immer weiter ausgestaltende Hinterbliebenenfürsorge zurückzuführen. Im Jahre 1916 erforderte sie schon rund 30 000 Mark für Witwen- und Waisenbezüge. Zu bemerken ist, daß von all diesen Summen, auch den Gesamtausgaben, immer rund zwei Fünftel in Form des Reichszuschusses auf das Reich entfallen. Trotz den gestiegenen Leistungen erhöhte sich das Vermögen sämtlicher Versicherungsträger von 2105 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 2428 Millionen Mark im Jahre 1916. Im Jahre 1917 fand eine weitere beträchtliche Zunahme statt. Die Einnahme an Beiträgen stieg von 202 Millionen Mark im Jahre 1916 auf 225 Millionen Mark im Jahre 1917. Die Ursache ist die am 1. Januar 1917 eingetretene Beitragserhöhung um 2 Pfennig in jeder Lohnklasse je Wochenmarke.

Aus der Krankenversicherung enthält der Bericht des Reichsversicherungsamtes nur wenig Mitteilungen. Das hat zum Teil seinen Grund darin, daß seit Kriegsausbruch keine Statistik zusammengestellt und veröffentlicht worden ist. Im übrigen sind auch die Verwaltungsrechte des Amtes auf dem Gebiete der Krankenversicherung nur beschränkte. Im allgemeinen hat sich in diesem Versicherungszweige gezeigt, daß sich die Krankenkassenverwaltungen den durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen Bedürfnissen gut angepaßt haben. Mehr sind während des Krieges die Kassenleistungen ausgebaut worden. Die Zahl der erwerbsunfähig Kranken, die nach Ausbruch des Krieges eine starke Abnahme fand, hat sich in letzter Zeit wieder (infolge der ungünstigen Ernährungs- und sonstigen Verhältnisse) sehr vermehrt, so daß sehr viele Kassen eine Beitragserhöhung vornehmen mußten. Die Aufwendungen an Kriegsteilnehmer, die sich freiwillig weiter versichern oder die nach Rückkehr in die Heimat wieder Mitglieder werden, sind recht erheblich. Die durch Notgesetz vom 4. August 1914 aufgehobene Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden ist meist durch Ortsgesetz wieder eingeführt worden. Das Reichsversicherungsamt hatte aus der Krankenversicherung im Jahre 1917 rund 300 Streitsachen zu entscheiden. Das sind weniger Fälle als in den Jahren vorher. Das hat seine Ursache darin, daß viele grundsätzliche Fragen inzwischen schon geklärt sind.

Die Wirksamkeit des Reichsversicherungsamtes hat in letzter Zeit oft Anfechtungen erfahren. In der Tat sind auch manche Maßnahmen und Entscheidungen kaum von dem sozialen Geiste beseelt, den sie nach den Absichten des Gesetzes haben sollten. —a.

Deutsches Reich.

Bethmann und Elsaß-Lothringen.

Die Bethmann feindliche Presse macht sich ein Vergnügen daraus, jedes Gerücht über Bethmanns Entgegenkommen an die Entente aufzugreifen. So gab die Deutsche Tageszeitung in ihrer Pfingstnummer folgende Meldung aus Wien wieder, die auch sofort von anderen alldeutsch gefärbten Blättern übernommen wird:

> Zu dem Dementi der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wegen der Behauptung, die deutsche Regierung wäre im Frühjahr 1917 bereit gewesen, auf einen bedeutenden Teil Elsaß-Lothringens zu verzichten, erfährt der Berliner Korrespondent des Az Est aus vollständig verläßlicher Quelle, daß das offizielle Dementi den Nachdruck auf das Wort bedeutend lege, denn es sei eine unbestreitbare Tatsache, daß zur Zeit der Kanzlerschaft Bethmann-Hollwegs die deutsche Regierung bereit war, auf einen kleinen Teil Lothringens zu verzichten.

Zu dieser „unbestreitbaren Tatsache" stellt die Norddeutsche Allg. Ztg. fest, daß der Berliner Korrespondent des Az Est sich im Irrtum befindet. Sie erklärt: „Auch zu einem solchen kleinen Verzicht ist die deutsche Regierung niemals bereit gewesen." Diejenigen aber, die den Kanzler Bethmann-Hollweg noch über sein Amtsende hinaus giftig hassen, müssen nun wieder etwas Neues gegen ihn erfinden.

•

Aus Posen wird gemeldet, daß das stellvertretende Generalkommando alle polnischen Pfadfindervereine aufgelöst hat.

Von den Kriegervereinen.

Der Deutsche Kriegerbund hat zu Pfingsten seine diesjährige Tagung abgehalten. In einer Entschließung wurde ein kraftvolles Eintreten für das Wohl aller bedürftigen Kriegsteilnehmer, auch der von früheren Kriegen, gefordert. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, vorbereitende Schritte zu tun zu einer Organisationsvereinigung durch Verschmelzung des Deutschen Kriegerbundes mit dem Kyffhäuserbunde. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der dem Beschlusse des Kyffhäuserbundes beigetreten wird, künftig „ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit jeden ehrenhaft gedienten Kameraden aufzunehmen, der sich zur Vaterlandsliebe und zur Treue gegen Kaiser und Reich bekennt."

Erst die weitere Entwicklung kann lehren, ob die Kriegervereine auch nach diesem Weltkriege ihre frühere parteipolitische Tendenzen zugunsten konservativ-militärischer Anschauungen beibehalten werden. Die jetzige Erklärung, daß man in Zukunft „ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit"

Der bolschewistische Friede und die Zukunft Europas.

Von Parvus.

(Schluß.)

Ist es möglich, die militärischen Rüstungen auf der ungeheuren Basis fortzusetzen, die von dem jetzigen Kriege geschaffen worden ist? Ich behaupte, daß man sie selbst auf der Basis, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, nicht fortsetzen kann, weil der Krieg die Kräfte der Völker erschöpft hat. Wenn aber die Verhältnisse so liegen, so kann es Europas Aufgabe nicht sein, gegen Deutschland zu rüsten, sondern sich mit ihm zu vereinigen! Man wird mir sagen, daß bei dieser Vereinigung Deutschland die militärische Vorherrschaft haben wird. Ja, selbstverständlich, aber weshalb soll es denn nicht sein? Ich weiß, daß ich mit einer derartigen Fragestellung auf schmerzgequälte Nerven treffen und einen Sturm von Protesten, Anschuldigungen wegen deutschen Imperialismus usw. hervorrufen werde. Ich schreibe aber nicht, um mich dem Geschmack des einen oder des anderen Publikums anzupassen, nicht um den Leidenschaften zu schmeicheln, nicht um der Ignoranz Konzessionen zu machen.

Augenblicklich handelt es sich nicht um ein politisches Postulat, sondern um eine politische Tatsache, die anzuerkennen man nicht umhin kann. Die Einigung Europas muß auf der Grundlage der eingetretenen Wechselbeziehung der Staatskräfte zueinander vor sich gehen. Wer eine Aenderung dieser Wechselbeziehungen zur Vorbedingung der Einigung macht, setzt an Stelle der Wirklichkeit eine Utopie.

Es genügt, einen Blick auf die Karte Europas zu werfen, um sich zu überzeugen, daß es Deutschland viel leichter wäre, ein von ihm entwaffnetes Europa zu schützen, als sich selbst gegen ein bewaffnetes Europa zu verteidigen. Das ist eine bedeutsame Tatsache. Gegen Deutschland gehen, heißt einer Unterwerfung unter dasselbe entgegengehen, mit Deutschland zusammengehen, bedeutet, dasselbe sich und andern mitzuunterordnen.

Die Einigung Deutschlands, welche die Demokratie auf revolutionärem Wege herbeizuführen bestrebt war, wurde durch militärische Mittel erreicht, wobei Oesterreich von Preußen beiseite geschoben wurde, das sich selbst in den Rahmen des deutschen Reiches stellte. Eigentlich war in diesem Augenblick die historische Rolle Preußens ausgespielt.

Wenn der gegenwärtige Krieg sich zur Vorbedingung der Einigung Europas gestalten sollte, die die sozialistischen Parteien auf revolutionärem Wege herbeizuführen bestrebt waren, so wird der Eintritt Deutschlands in den Rahmen des geeinigten Europas die letzten spezifischen Züge des preußischen Militarismus ausmerzen.

Das beste Kampfmittel gegen den Militarismus ist die Aufrichtung eines lebenden Zusammenhangs zwischen den Nationalitäten. Die Vernichtung des Militarismus ist nicht Vorbedingung, sondern Resultat der Demokratie.

Der Krieg nähert sich seinem Ende, und mit dem Frieden treten die Faktoren des Fortschritts in den Vordergrund der Geschichte.

Man hat sich aber an den Krieg gewöhnt wie früher an den Frieden, und er prägt, auf diese Weise geschaffen, der ganzen Entwicklung des Menschengeschlechts eine blutige Färbung auf. In Wirklichkeit muß nach dem jetzigen Kriege in Europa eine noch längere Friedenszäsur eintreten als die vor dem Kriege. Vielleicht ist es der letzte europäische Krieg.

Das ist der Grund, weshalb die Friedensbedingungen, die jetzt vereinbart werden sollen, für lange bestehen bleiben werden. Das ist der Grund, weshalb es im Interesse der Demokratie wichtig ist, den Krieg nicht bis zum letzten Extrem zu treiben, sondern einen Verständigungsfrieden herbeizuführen.

Die Macht der imperialistischen Regierungen hält sich nur noch durch den Krieg. Ist der Krieg einmal zu Ende, sind die Volksmassen einmal nach Hause zurückgekehrt, so wird es schwer sein, sie wieder in die Schützengräben zu treiben, um dort zu morden und gemordet zu werden. Wenigstens für zwei Generationen ist der europäische Friede gesichert. Das ganze Interesse der öffentlichen Meinung, der Politik, der Wissenschaft, der Literatur, wird sich auf eine Analyse des Erlebten und auf die Folgen des großen Krieges konzentrieren.

Der Krieg hat eine wirtschaftliche Revolution hervorgebracht, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Er hat den Mittelstand vernichtet, er hat riesige Konzentrationen des Kapitals geschaffen und zugleich die Arbeitermassen mit dem Bewußtsein erfüllt, daß die Armeen die Hauptstaatsmacht des Landes bilden. Der Krieg hat gleichzeitig ungeheure wirtschaftliche und soziale Aufgaben auf die Tagesordnung gesetzt, ohne welche die Weiterentwicklung der Industrie unmöglich ist.

Nicht eine ununterbrochene Reihe von Kriegen, sondern einen neuen kulturellen Aufschwung sehe ich in der nächsten Entwicklung Europas voraus.

Allerdings stehen dem im Wege die Zerfahrenheit des geistigen Lebens und die nationale Erbitterung, die der Krieg großgezogen hat. Dieser Idiosyncrasie wird aber von den kulturellen Kräften der Friedensarbeit beiseite geschoben und schließlich ganz verwischt werden. Die Zwischenperiode des Kampfes zwischen den beiden Strömungen ist die, wo die bewußte Tätigkeit einzelner Personen und Parteien dem Menschengeschlechte den größten Dienst leisten könnte. Man muß die Lügen- und Haßatmosphäre zerstreuen. Sophismen, wie, daß man, weil in Deutschland das Junkertum noch politische Geltung habe, die deutsche Nation boykottieren müsse, müssen zurückgewiesen werden. Die Regierungsform darf dem Völkerbunde, wenn ein solcher möglich ist, nicht im Wege stehen. Noch weniger darf das kämpfende Proletariat sich von solchen Argumenten irreführen lassen.

Für die weitere Entwicklung Rußlands auf dem Wege zum Sozialismus ist vor allem notwendig, daß die Arbeiterdemokratie in Rußland aus dem Zustande der Isoliertheit nach innen und außen heraustrete, in den sie durch den Bolschewikismus hineingetrieben worden ist. Gleichzeitig müssen die Klassenorganisationen des Proletariats gefestigt und entwickelt werden.

Die Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten sind eine gemischte Organisation vorübergehender revolutionärer Natur. Sie erinnern weit mehr an einen jüdischen Kahal als an eine moderne Demokratie. Von der Revolution an die Oberfläche gebracht, folgten sie zunächst den revolutionären Führern, müssen aber, wenn sie eine permanente Institution werden, ihren sozialen und kulturellen Charakter zutage treten lassen, der nichts anderes ist als eine Vermischung aller Schichten der Armut. Das Proletariat muß sich als Klasse zusammenfinden, von den andern gesondert. Die besten, historisch ausgearbeiteten Formen hierfür sind: die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nach deutschem Muster. Einmal als Klasse organisiert, wird es das Proletariat stets verstehen, auf die weitere soziale Entwicklung Rußlands den größtmöglichsten Einfluß auszuüben. Hierbei darf das Proletariat nicht vergessen, daß Rußland vor allem vor der Frage der Entwicklung der Industrie steht. Das Bestreben der Bolschewiki, den Sozialismus auf der Basis einer rudimentären Industrie aufzubauen, führte zur Sanktionierung einer allgemeinen Plünderung. Andererseits verlangt die Sorge um die Entwicklung der Industrie keineswegs, daß sie den kapitalistischen Beutejägern schamlos ausgeliefert werde. Der Hauptfaktor der Entwicklung der modernen Industrie sind der Staats- und der städtische Haushalt.

Die Einberufung der konstituierenden Versammlung ist durchaus notwendig. Allerdings werden die Arbeiter in derselben, wie in den folgenden parlamentarischen Vertretungen Rußlands, in der Minorität sein. Nichtsdestoweniger werden sie durch ihre Organisation und durch ihr politisches Bewußtsein in derselben eine hervorragende, sogar leitende Rolle spielen können. Die revolutionäre Diktatur hat auch seine Grenzen. Sich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180521/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG